

1 **Hartmut Ganzke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen
2 und Kollegen! Zum vorgelegten Antrag formal zunächst Folgendes:
3 Neben der Tatsache, dass das Thema „Digitalisierung“, obwohl im engen
4 Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Vorwürfen stehend, keinerlei
5 Erwähnung findet und auch die besondere Stellung der Personalräte im
6 Antrag nicht genannt wird, gibt es einen weiteren eklatanten formalen
7 Punkt, der eine Zustimmung nicht möglich macht.

8 Während für den Untersuchungsgegenstand sechs Themenkomplexe
9 definiert werden, finden sich im Bereich „Fragenkomplexe“ neun Themen,
10 die sich teilweise nicht dem Untersuchungsgegenstand unterordnen
11 lassen. Es besteht grundsätzlich die Gefahr, dass der nach § 3 des
12 Untersuchungsausschussgesetzes NRW verbindlich festgelegte
13 Untersuchungsgegenstand nicht die danach gestellten Fragen abbildet
14 und diese daher nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses
15 werden können.

16 Darüber hinaus wird der Schutz der Betroffenen nur unzureichend
17 gewährleistet.

18 Unabhängig von der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses muss
19 es aber doch – darüber sollten wir uns eigentlich einig sein – das Ziel und
20 das Interesse aller sein, eine sachliche, faire und vollständige Aufklärung
21 der in Rede stehenden Vorwürfe zu erreichen. Das ist im besonderen
22 Interesse der Beschäftigten, aller Betroffenen, und das ist – das wird
23 häufig vergessen – von besonderem Interesse für das Vertrauen in
24 unsere demokratischen Institutionen in Nordrhein-Westfalen.

25 Um dieses Ziel zu erreichen, hat die SPD-Fraktion die ihr durch die
26 Verfassung eingeräumten Rechte wie das Recht der Kleinen Anfrage, das
27 Recht der Beantragung von Ausschusssondersitzungen und das Recht

28 der Berichtsansforderungen wahrgenommen. Zudem hat gestern eine
29 Fragestunde stattgefunden, mit der das Parlament weiter versucht hat,
30 aufgekommene Vorwürfe und den Umgang der Landesregierung mit
31 diesen aufzuklären.

32 Der von uns in zwei Briefen an den Ministerpräsidenten und gestern im
33 Antrag Drucksache 18/19002 gemachte Vorschlag zur Einsetzung einer
34 Sonderermittlerin oder eines Sonderermittlers wurde leider nicht von der
35 Mehrheit des Plenums angenommen. Wir sind weiterhin der Auffassung,
36 dass das der richtige Weg wäre.

37 Ich will daran erinnern – es gibt nämlich ein Vorbild –, dass es hier
38 zwischen den Jahren 2017 und 2018 einen gemeinsamen Sonderermittler
39 gab. Über den Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb
40 hinweg waren zwei Verwaltungsermittler in der Causa „Dienstverhältnis
41 eines hohen Polizeigewerkschaftsfunktionärs, der nicht arbeitet“ – so
42 nenne ich es mal – tätig, und zwar inklusive eines Abschlussberichts. Das
43 zeigt: Es geht, gemeinsam für Aufklärung zu sorgen, gemeinsam
44 Landesbedienstete zu schützen, gemeinsam Vertrauen in staatliches
45 Handeln sicherzustellen.

46 Es ist aber klar, dass von mancher Seite hier im Hohen Hause ein
47 gemeinsames, aufklärendes Handeln eher nicht gewünscht ist, und das
48 nicht erst nach der gestrigen Vorstellung der CDU-Kollegin, die sich einzig
49 um den angeblich nicht eingehaltenen Dienstweg sorgte, jedoch nahezu
50 nichts zur Belastung von Landesbeschäftigten ausführte.

51 Heute wurden wir durch den SPIEGEL über eine Mitarbeiterumfrage in
52 Kenntnis gesetzt, die – so schrieb es das Nachrichtenmagazin heute
53 Morgen um 09:19 Uhr – auf Anregung des zuständigen Staatssekretärs
54 nicht veröffentlicht werden sollte und wurde. Es wurde eine

55 Mitarbeiterbefragung nach den Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes
56 durchgeführt, so die Information des Nachrichtenmagazins.

57 Dazu stellt sich nicht nur folgende Frage – vielleicht kann diese der
58 Arbeits- und Gesundheitsminister als zuständiger Fachminister
59 beantworten; er ist nicht da; er muss auch nicht da sein –: Muss eine
60 solche Befragung nicht veröffentlicht werden?

61 Es handelt sich um Behauptungen, aber auch in diesem neuen Artikel von
62 heute kommt wieder zum Ausdruck, dass die Beschäftigten Missstände
63 ansprechen. Das sind Anhaltspunkte, die aufgeklärt werden müssen. Sie
64 können diese wiederholten Anhaltspunkte gerne – so wurde es gestern
65 gesagt – als Platzpatronen abtun und damit möglicherweise Ihrer
66 Leidenschaft für Western frönen. Sie könnten aber auch sensibel
67 reagieren, versuchen, diese Anhaltspunkte aufzuklären und einzuordnen,
68 und Missstände beseitigen, wie es sich für eine Volksvertretung – das
69 sind wir – gehört.

70 Das heißt: Die SPD-Fraktion wird alle neuen Erkenntnisse aus der
71 gestrigen Fragestunde, aus der gestrigen Plenardebatte zu unserem
72 Antrag, aus der erneuten Presseberichterstattung von heute und der
73 heutigen Debatte auswerten und darüber beraten. Sie können sich sicher
74 sein, dass unser Maßstab allein die Fragen sein werden, wie
75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung – für deren
76 Gesundheit hat die jeweilige Hausspitze übrigens eine Garantenpflicht –
77 angstfrei und damit gesund arbeiten können sowie wie die Vorwürfe
78 aufgeklärt werden können. Darum und um nichts anderes geht es.

79 Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

80 Diesen Antrag lehnen wir wie anfangs dargelegt wegen formaler Mängel
81 ab. – Vielen Dank.

82 (Beifall von der SPD)

83 **Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der
84 Grünen hat nun die Kollegin Julia Eisentraut das Wort. Bitte sehr.